

Dirk Wilking

Die Anschlussfähigkeit der „Reichsbürger“ im ländlichen Raum aus der Sicht des Mobilen Beratungsteams im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung

I. Einleitung

Das Mobile Beratungsteam von „Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“ berät auf Anfrage im Land Brandenburg zivilgesellschaftliche Akteure und Verwaltungen zum Problembereich „Rechtsextremismus“. Seit dem Jahr 1992 ist es aufsuchend und akteursorientiert in brandenburgischen Kommunen tätig. Im Jahr 1998 wurde das Mobile Beratungsteam wesentlicher Bestandteil des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ und agiert seitdem – personell erweitert – in den Gemeinden und Städten Brandenburgs vorwiegend im Bereich zivilgesellschaftlichen Engagements. Im Laufe der Jahre hat sich der Beratungsbedarf aufseiten der Verwaltungen deutlich erhöht. In diesem Zusammenhang wurde auch das Mobile Beratungsteam mit dem Phänomen der „Reichsbürger“ konfrontiert.

Zumeist – und zu Recht – wird das Phänomen der „Reichsbürger“ vor allem unter dem Fokus der Reaktion auf deren Handlungen betrachtet. Ein „Reichsbürger“ macht etwas, und man reagiert darauf. Als Problem für die Struktur werden diese Aktivisten kaum wahrgenommen. Ein Aspekt wird dabei aber eher vernachlässigt: Auf wen wirken deren Aktionen im sozialen Umfeld und in welchen Milieus entstehen diese Strukturen? Diesem Thema soll hier nachgegangen werden.

II. Sind „Reichsbürger“ eine Gefahr für die Gesellschaft?

Es besteht keine Gefahr, dass das „Reichsbürger“-Milieu massenhaft Anklang in der Bevölkerung findet. In der Vergangenheit und auch gegenwärtig sind diese Gruppen auf die Feindschaft zu öffentlichen Verwaltungen fokussiert. Sie haben auch keinerlei Ambitionen, eine irgendwie geartete Mehrheitsfähigkeit zu erreichen. Dennoch stellen „Reichsbürger“ auf unterschiedliche Weise eine Gefahr für das Zusammenleben in Dörfern und Kleinstädten dar.

Unter dem Etikett „Reichsbürger“ werden jene Einzelpersonen oder Gruppen summiert, die behaupten, dass es die Bundesrepublik Deutschland nicht gibt, sondern das Deutsche Reich weiter fortbestehe.¹ Nicht alle Personen oder Gruppen sind dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen.² Da sie jedoch allesamt die Existenz der Bundesrepublik bestreiten und damit auch die Legitimität ihrer Organe (Parlament, Gerichte und Verwaltungen), sind sie qua Selbstdefinition demokratiefeindlich. Der Begriff „Reichsbürger“ wird zunächst als Ablehnung der Bundesrepublik verwendet. Im weiteren Sinne knüpft er aber häufig an das Reichsbürgergesetz³ von 1935 an – und steht damit in Verbindung zur rechtsextremen Szene. Das Reichsbürgergesetz unterschied die deutschen Staatsangehörigen in „Reichsbürger“ und einfache Staatsangehörige. Gemäß § 2 Abs. 1 des Reichsbürgergesetzes sind die „Reichsbürger“ nur die Staatsangehörigen „*deutschen und artverwandten Blutes*“. Nach § 2 Abs. 3 des Reichsbürgergesetzes können nur „Reichsbürger“ alleinige Träger der vollen politischen Rechte sein.

Vor allem in den ländlichen und kleinstädtischen Regionen Brandenburgs lassen sich die dortigen „Reichsbürger“ nicht isoliert betrachten. Sie stellen dort in der Regel zwar keine politisierte Gruppe mit vereinheitlichtem Ziel dar, aber sie kommunizieren direkt und indirekt mit rechtsextremen Milieus. Viele Stimmungslagen, die gemeinhin unter dem Schlagwort „Politikverdrossenheit“ gehandelt werden, sind bei genauerer Betrachtung eher Verwaltungsverdrossenheit.⁴ Themen wie Altanschließergebühren, Ordnungswidrigkeiten, Abwasseranschlüsse, Straßenanliegergebühren, Legalisierung von Wochenendgrundstücken und andere – für die Bürger zumeist recht kostspielige – Verwaltungsmaßnahmen sind das bevorzugte Handlungsgebiet der „Reichsbürger“ und werden im kommunalen Umfeld kommuniziert. Sie haben eher selten konkrete politische Programme, sondern gerieren sich in der Ablehnung der bestehenden als alternative Verwaltung mit einer eigenen Legitimität. Es kann davon ausgegangen werden, dass sie zu diesem Zweck versuchen, die öffentlichen Verwaltungen sinnlos zu

¹ Vgl. zur Einteilung der „Reichsbürger“ in vier Gruppen Keil, Jan-Gerrit (2017): Zwischen Wahn und Rollenspiel – das Phänomen der „Reichsbürger“ aus psychologischer Sicht, S. 54 (54 f.), in diesem Band.

² Vgl. zur Sicht des Verfassungsschutzes Brandenburg Hüllen, Michael/Homburg, Heiko (2017): „Reichsbürger“ zwischen zielgerichtetem Rechtsextremismus, Gewalt und Staatsverdrossenheit, S. 15 (15 ff.), in diesem Band.

³ Vom 15.9.1935, Reichsgesetzblatt Teil I, S. 1146.

⁴ Vgl. zur Politik- bzw. Staatsverdrossenheit Hüllen/Homburg (Fn. 2), S. 37 f., in diesem Band.

beschäftigen und das öffentlichkeitswirksam zu kommunizieren.⁵ Es scheint zunächst, dass die „Reichsbürger“ in ihrem Kommunikationsverhalten also weniger auf ihr Umfeld wirken, sondern eher das Umfeld auf diese Akteure, die diese Stimmungen in radikalierter Form in Handlung umsetzen. Auch wenn diese Handlungen natürlich eine Wirkung erzeugen (vor allem zunächst in den betroffenen Verwaltungen), findet die Kommunikation eher zwischen dem jeweiligen „Reichsbürger“ und seinem Milieu statt.

Korrespondiert der Aspekt eines wie immer gearteten „Deutschen Reiches“ latent mit extremistischen Fantasien eines „Vierten Reiches“, wie etwa bei Horst Mahler, so findet man auf lokaler Ebene nicht nur eine Delegitimation vorhandener staatlicher Einrichtungen, sondern meist parallel den Anspruch auf eine Art „Selbstverwaltung“ in einem fundamentalistischen Sinne. Unausgesprochen bleibt dabei in der Regel, dass Migranten nicht mehr als Bestandteil der Gemeinschaft angesehen werden.

Die Frage, ob „Reichsbürger“ eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Etliche „Reichsbürger“ sind durch biografische Turbulenzen aus der Bahn geworfen worden und versuchen, sich durch den Anschluss an die „Reichsbürger“-Idee als Einzelkämpfer im kommunalen Raum so etwas wie „höhere Weihen“ für ihre Frustrationen zu schaffen. Diese Menschen können sich bis in den Bereich der Unzurechnungsfähigkeit in die Ideen hineinsteigern. In Brandenburg gibt es einige Beispiele, wo das psychiatrisch manifest geworden ist und sogar im Suizid geendet hat. Eine Eigenschaft dieser Einzelpersonen ist, dass sie zwar Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen belästigen, ggf. sogar gefährlich sein können, jedoch kaum eine propagandistische Wirkung in das Gemeinwesen entfalten können.

Wenn diese Menschen jedoch von Rechtsextremisten funktionalisiert werden oder mit ihnen zeitweilige oder dauerhaftere Verbindungen eingehen, können erhebliche Auswirkungen auf das öffentliche Leben eintreten. In diesen Fällen ist es zudem schwer festzustellen, ob die offen in Erscheinung tretenden „Reichsbürger“ Täter oder Opfer sind. Zumeist sind sie beides.

⁵ Vgl. zu Vorgehensweise und Strategien der „Reichsbürger“ Caspar, Christa/Neubauer, Reinhard (2017): Durchs wilde Absurdistan: Was zu tun ist, wenn „Reichsbürger“ und öffentliche Verwaltung aufeinandertreffen, S. 119 (120 ff.), in diesem Band; Caspar, Christa/Neubauer, Reinhard (2012): Durchs wilde Absurdistan – oder: Wie „Reichsbürger“ den Fortbestand des Deutschen Reiches beweisen wollen, in: Landes- und Kommunalverwaltung (LKV), Heft 12/2012, S. 529 ff. Die Vermutung, dass sie die Verwaltungen „lahmlegen“ wollten (vgl. ebenda, S. 537), ist aus Sicht der Verwaltungen zwar naheliegend, doch scheint es sich aus der Perspektive der „Reichsbürger“ eher um symbolische Delegitimationsriten zu handeln.

III. Das „Reichsbürger“-Milieu in Brandenburg

Nachfolgend wird das „Reichsbürger“-Milieu aus der Sicht des Mobilen Beratungsteams in Brandenburg dargestellt.⁶

1. Stadt Zossen

Über einige Jahre hinweg gab es etwa eine unselige Melange in Zossen, wo „Reichsbürger“ ein integraler Bestandteil der rechtsextremen Szene waren.⁷ Die Kameradschaft Freie Kräfte Teltow-Fläming, DVU, Verschwörungsfanatiker und „Reichsbürger“ bildeten ein Milieu aus, das über Jahre das Erscheinungsbild der Stadt prägte.⁸

Medial wirksam wurde vor allem Rainer Link, der als rechtsextremer Unternehmer in der Stadt ein Internet-Café betrieb und 2009 Suizid beging. Er war Holocaustleugner, demontierte Stolpersteine zum Gedenken an jüdische Bürger der Stadt und wurde später innerhalb der rechtsextremen Szene als Produzent homosexueller Kinderpornografie geoutet. Er hatte in Zossen direkten Kontakt mit Horst Mahler und stand der „Reichsbürger“-Idee nahe. In seinem Café verkehrten dissoziale rechtsextreme Jugendliche, die später das „Haus der Demokratie“ in Flammen aufgehen ließen.⁹

Zudem verfügte die Szene in Zossen von 2008 bis 2011 über ein Internetnetzwerk „Püppilotta“,¹⁰ in dem verschiedenste Verschwörungsfantasien auf kommunaler Ebene mit Aktivitäten des Mossad, des CIA und anderer Organisationen in Verbindung gebracht wurden. Die drei wesentlichen Redakteure des Netzwerkes arbeiteten ehrenamtlich und finanzierten ihre Homepage auf Spendenbasis, bis 2011 das Geld ausging. Einer der Schreiber ist 2007

⁶ Vgl. zur Sicht des Verfassungsschutzes Brandenburg Hüllen/Homburg (Fn. 2), S. 31 ff., in diesem Band.

⁷ Vgl. detailliert Nienhuisen, Andrea/Kasiske, Jan (2010): Zossener Zustände 2009 – Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements am Beispiel einer Kleinstadt, in: Wilking, Dirk/Kohlstruck, Michael (Hg.): Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Potsdam (Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung), S. 41 ff.

⁸ Vgl. zur Problematik der rechtsextremen Milieus in ländlichen Räumen und Kleinstädten Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2009): Die NPD und ihr Milieu. Studien und Berichte, Münster, Ulm; Wilking, Dirk (2009): Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Brandenburgs, in: Bund der deutschen Landjugend (Hg.): Es wächst nicht einfach Gras darüber. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Eine Arbeitshilfe, Berlin.

⁹ Vgl. Berg, Stefan (2010): Die Eignungsprüfung, in: Der Spiegel vom 10.5.2010, unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-70417361.html>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

¹⁰ Die Homepage wurde bis 2015 als RBB-Zossen mit Inhalten dargestellt, vgl. unter <http://www.rbb-zossen.com>, Stand der Abfrage: 26.1.2015 (aktuell nicht mehr abrufbar).

zufällig in einem anderen Zusammenhang porträtiert worden: „Steffen N. ist Heimkind, seine Eltern kennt er nicht, eine Geburtsurkunde existiert nicht. Das einzige offizielle Dokument, das er besitzt, ist ein Reisepass. Und auch den hat er nur, weil ein fürsorglicher Beamter ihm nach einem Gefängnisaufenthalt helfen wollte, wenigstens offiziell zu existieren.“¹¹

Die Kameradschaft Teltow-Fläming zählte zu den handlungsorientiertesten im Land Brandenburg und rekrutierte sich mehrheitlich aus bildungsschwachen, männlichen Mitgliedern. Die Täter waren in der Regel eher Jugendliche, die von den älteren, geistig Überlegenen zu speziellen Taten angestiftet wurden.

Allen beschriebenen Akteuren gemeinsam ist, dass sie ein Unterschichtenmilieu erreichen, das nahezu vollständig nicht öffentlich wahrgenommen wird. Dieses Milieu kann seine Entwertungserfahrungen über die verschiedenen Gruppen (in der Regel als Hass) artikulieren und auch in Handlung überführen.

Der „Reichsbürger“ W. ist mit Link im Jahr 2006 aus Berlin-Spandau nach Zossen gekommen. Gemeinsam hatten sie bereits 2004 vor Bernauer Schulen gegen die „Auschwitz-Lüge“ polemisiert. Link wie W. selbst fokussierte sich eher auf den Bereich der Holocaust-Leugnung, während die „Reichsbürger“-Idee eher im Hintergrund stand. W. wird, wenn er sich vor Gericht verantworten muss – was schon häufiger der Fall war – von dem einschlägig bekannten Anwalt Wolfram Nahrath vertreten. So bizarr und absurd die Argumentation dieser Gruppe für aufgeklärte Geister auch erscheinen mag – es gibt keinen Grund, sie als harmlos zu betrachten. Sie sind wahrscheinlich nur Akteure in eigener Sache, aber – und das macht ihre Gefahr aus – für die ansprechbaren Milieus, die sich häufig als sprachlos empfinden, sind sie eine geeignete Folie, um ihren Hass darauf zu projizieren. In dieser Hinsicht spielt es keine Rolle, ob ein „Reichsbürger“ vermeintlich oder tatsächlich ein Fall für die Mediziner ist. Der Kommunikationsweg scheint andersherum zu laufen: „Reichsbürger“ fühlen sich von bestimmten, gesellschaftlich nicht mehr wahrgenommenen Milieus bestätigt und versuchen, den auf sie projizierten Hass in eine Form zu bringen.

¹¹ Schottner, Dominik (2007): In Flodderland sterben die Tiere, in: Die Tageszeitung vom 27.1.2007: Ohne Kenntnis von Zossen und die dortigen rechtsextremen Einbindungen des N. hat Schottner ihn als subproletarischen Choleriker in einem ökologisch verseuchten Abbruchmilieu beschrieben.

2. Landkreis Elbe-Elster

Im Landkreis Elbe-Elster hat sich schon relativ früh, d.h. Ende der 1990er-Jahre eine regionale „Reichsbürger“-Szene entwickelt.¹² Als Szene war sie über lange Zeit nicht erkennbar, weil die agierenden Personen nicht öffentlich als Gruppe wahrnehmbar waren, recht verstreut lebten und zudem an unterschiedliche Milieus angebunden waren. Auf das Problem aufmerksam wurde das Mobile Beratungsteam in Brandenburg durch Hinweise von engagierten Gruppen, dass ihr „Hauptgegner“ in der dörflichen Kommune die Freiwillige Feuerwehr sei, die als „DVU-Ortsgruppe“ beschrieben wurde. Das war sie nicht, aber es gab lebhaften Austausch mit einem „Reichsbürger“. Der Tischler F.W.R. war vor seiner Mitgliedschaft in der „Kommissarischen Reichsregierung“ (KRR) von Wolfgang Ebel Mitglied der DSU und der rechtsextremen DVU. 1994 war er noch Vorsitzender des brandenburgischen Landesverbandes der DSU. Er kandidierte 1999 bei der Landtagswahl in Brandenburg noch für die DVU, wurde später auch Referent der DVU-Fraktion im Brandenburger Landtag. Danach wandte er sich den „Reichsbürgern“ zu – mit den üblichen Konsequenzen. Ab 2003 wurden gegen ihn Strafbefehle wegen Beleidigung, Verleumdung und Amtsanmaßung mit jeweils einigen hundert Euro Geldstrafe verhängt. Eine strafbewehrte Unterlassungserklärung musste er als unerlaubter „Rechtsberater“ ebenfalls unterzeichnen. In allen Fällen weigerte er sich, die Gelder zu bezahlen, und ging dafür in Zwangshaft.

¹² Herzlich gedankt sei an dieser Stelle dem Leiter der brandenburgischen Polizeidirektion Süd, Sven Bogacz, für seine kritischen Kommentare zu den Erscheinungsformen in dem ehemals gemeinsamen Arbeitsfeld Elbe-Elster.



Abbildung 1: „Amtssitz“ des F.W.R. im Ortsteil Gräfendorf der Stadt Herzberg (Elster) im Jahr 2004¹³

Zunehmend geriet F.W.R. ins soziale Abseits und entwickelte immer größeren Fanatismus. Nach einem Hintergrundgespräch mit dem Mobilem Beratungsteam in Brandenburg recherchierte der Journalist Jürgen Becker zu dem regionalen Phänomen und veröffentlichte einen Artikel in der „Lausitzer Rundschau“, in dem er mit Einverständnis der Akteure deren vollen Namen sowie Fotos verbreitete.¹⁴ Dieser sehr gut recherchierte und durch direkten Kontakt gesättigte Artikel wirkte durchaus positiv in die Kommunen, die dem Phänomen mehr Aufmerksamkeit schenkten. Allerdings war die Wirkung auf die „Reichsbürger“-Gruppe zunächst auch eher stimulierend. F.W.R. kämpfte an allen Fronten und wehrte sich vor allem gegen den Herzberger Wasser- und Abwasserzweckverband (HWAZ) mit einer „Tafel der Betrüger“: *„Am 9.9. hat der ‚HWAZ‘ unter dem RÄDELSFÜHRER K. überfallartig den Wasseranschluß beseitigt, da der ‚Verband‘ ‚HWAZ‘ KEINE RECHTSGRUNDLAGEN hat, die uns zum Anschluß verpflichten und (einen) Präzedenzfall durch mehrere brutale Terror-Überfälle unter Mittäterschaft der ‚Polizei‘ gegen uns zu verhindern suchte!!! NIEMAND muß sich anschließen und KEINERLEI finanzielle Beiträge entrichten [...]“* (die Namen, Adressen und Telefonnummern der beteiligten Personen wurden ebenfalls auf der Tafel öffentlich gemacht). Gerade die Aktion gegen den HWAZ sorgte in den Dörfern für eine

¹³ Bild: Mobiles Beratungsteam in Brandenburg, 2004.

¹⁴ Becker, Jürgen (2004): Ominöser „Reichsstammtisch“, in: Lausitzer Rundschau vom 5.1.2004.

klammheimliche Solidarität. Zwar gab es keine unmittelbaren Sympathiebekundungen, aber die Tatsache, dass sich ein Bürger gegen den HWAZ offensiv wehrte, wurde mit großem Interesse verfolgt. Zudem gewann F.W.R. in seinem Dorf einen Gesinnungsgenossen, der sich ebenfalls offensiv zu den „Reichsbürgern“ bekannte. Der formuliert 2004 großspurig: *„Wir haben schließlich unsere eigenen Reichsgerichte und in Sachsen bereits eine bewaffnete Polizei“*. In dem Artikel von Jürgen Becker wird deutlich, dass es sich nicht um eine im engeren Sinne straffe Organisation handelt, sondern eher um eine lokale Wirkungsgruppe. Diese Gruppe hatte rund ein Dutzend Mitglieder und streute über ein recht große Region: von Görlitz bis Finsterwalde und von Cottbus bis Dresden. Aufgrund der geografischen Distanzen und der sehr heterogenen Interessenlagen (individuelle Verarbeitung von persönlichen Niederlagen versus ideologische Einheitlichkeit) haben die Gruppenbildungen im Bereich der „Reichsbürger“ zumeist nur eine geringe Halbwertszeit. So wurde auch F.W.R. aus der Bahn katapultiert. Die gegen ihn verhängten Geldstrafen und Bußgelder bezahlte er nicht, musste dafür in Haft und „emigrierte“ schließlich nach Norwegen. Von dort aus mischte er aber weiter in Internetforen der „Reichsbürger“ mit und denunzierte seine ehemaligen Mitstreiter als „Feiglinge“ und Profiteure des Verkaufs von „Reichsdokumenten“.



Abbildung 2: Haus des F.W.R. im Ortsteil Gräfendorf der Stadt Herzberg (Elster) im Jahr 2004, bevor er sich zur „Auswanderung“ gezwungen sah¹⁵

¹⁵ Bild: Mobiles Beratungsteam in Brandenburg, 2004.

3. Region Niederlausitz

Der „ranghöchste Reichsbürger“ in der Region Südbrandenburg war der gelernte Kellner F.U.K. (Jahrgang 1964), der seit den frühen 1990er-Jahren als Gastwirt in der Niederlausitz mehrere Gaststätten betrieb. Ursprünglich in Massen – seit dem Jahr 1997 Ortsteil der Gemeinde Massen-Niederlausitz – startend, wo er in der Gaststätte „Zur Linde“, die seiner Mutter gehörte, etliche rechtsextreme Konzerte zuließ oder selbst veranstaltete. Damals organisierte der bekannte Hamburger Neonazi Christian Worch (heute Vorsitzender der rechtsextremen Partei DIE RECHTE) in der „Linde“ selbst Skinhead-Konzerte. Der Gastronom versuchte, über eine seit dem Jahr 1991 in Kaposvár/Ungarn eingetragene Kommanditgesellschaft eine Finanzberatung aufzubauen. Dabei hatte er sich extrem hoch verschuldet. Er flüchtete vor den Gläubigern nach Südamerika, wurde von dort aber wieder ausgeliefert. Völlig bankrott suchte er Schutz und Beschäftigung in der Gaststätte seiner Mutter und entfaltete von dort starke Aktivitäten im Bereich der rechtsextremen Szene. Ende der 1990er-Jahre gab es regional deutliche Verbindungen zwischen F.U.K. und dem „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS). Im Jahr 1998 hatte es in Massen einen Aufmarsch Rechtsextremer gegeben, an dem italienische und kanadische Teilnehmer zugegen waren. Die Szene orientierte sich seit dieser Zeit zwar stark an der NPD, hatte aber auch stark DDR-nostalgische Züge. Einer ihrer Anführer und zugleich Mitorganisator des Aufmarsches wurde 1998 an der niederländischen Grenze beim Drogenschmuggel erwischt. Durch die Kronzeugenregelung kam er auf freien Fuß und war seitdem verschwunden. Über die Verbindungen zum „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ verfügte F.U.K. über ein durchaus beachtenswertes Netzwerk in der rechtsextremen Szene. Neben Worch stand er mit Frank Hübner (ehemals „Deutsche Alternative“ – eine Organisation die mithilfe von Michael Kühnen in Ostdeutschland geschaffen wurde –, bis 2014 Stadtverordneter für die NPD in Cottbus) in Verbindung, wie auch mit Sebastian Schmidtke (Mitglied beim „Märkischen Heimatschutz“, heute NPD-Chef in Berlin). Beide waren damals Kader der militanten, gewaltbereiten rechtsextremen Szene. Auch der damalige Chef des „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“, Thomas Brehl, nahm die „Reichsbürger“-Idee auf und behauptete 2003 gegenüber dem Bundesinnenministerium, dass allein im Jahr 2002 über 46.000 Personaldokumente des „Deutschen Reiches“ in Umlauf gegeben worden seien.

Nachdem die Kommune Massen die „Linde“ aufgekauft hatte, um Konzerte mit rechtsextremen Gruppen und Besuchern zu verhindern, expandierte das Familienunternehmen. Frau K. übernahm daraufhin formal die

Kneipe „Friedenseiche“ in Lug, einem Dorf mit 165 Einwohnern und seit 2003 zur Gemeinde Bronkow gehörend, und in Lübbenau pachtete sie für ihre beiden Kinder jeweils eine eigene Gastwirtschaft (2001 die Disco „Turbine“ für ihren Sohn und die Gaststätte „Zum Bullengäßchen“ für ihre Tochter; beide Unternehmen waren im folgenden Jahr aber wieder aufgegeben worden). Frau K. zog sich aus Altersgründen aus dem Geschäft zurück und zog von Lug in ein Dorf im Spreewald. Sie selbst beschreibt die „Reichsbürger“-Aktivitäten ihres Sohnes als Abgang in eine Sekte, in der er nicht mehr erreichbar sei.



Abbildung 3: Gaststätte „Friedenseiche“ im Ortsteil Lug der Gemeinde Bronkow im Jahr 2004¹⁶

In der von F.U.K. selbst betriebenen Gaststätte „Friedenseiche“, die an der Grenze zwischen Landkreis Oberspreewald-Lausitz und Landkreis Elbe-Elster und mit direkter Autobahnanbindung an die A13 Berlin-Dresden liegt, etablierte er dann eine Außenstelle der „Kommissarischen Reichsregierung“ von Ebel. Zunächst war er „Oberregierungsrat“, genauer „Amtsträger im Amte eines Oberregierungsrates der Kommissarischen Provinzialregierung in der preußischen Provinz Sachsen“.

¹⁶ Bild: Mobiles Beratungsteam in Brandenburg, 2004.



Abbildung 4: Schild an der Gaststätte „Friedenseiche“ im Ortsteil Lug der Gemeinde Bronkow im Jahr 2004¹⁷

Seit Mai 2004 war er „Innenminister“ der „Kommissarischen Reichsregierung“. Er hatte regelmäßigen Kontakt zu Ebel und servierte dem anlässlich von Presseterminen auch schon mal den Kaffee. Wie bei „Reichsbürgern“ häufig wurde er mehrfach zu Haftstrafen verurteilt – in seinem Fall wegen nichtbezahlter Buß- und Ordnungsgelder sowie wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis. Das Verhältnis zu Ebel trübte sich aber ein, nachdem F.U.K sich einem Zirkel von „Putschisten“ anschloss, die den „Reichskanzler“ ausbooten wollten. Ebel setzte F.U.K. daraufhin ab. Die regionale Wirkung seiner Aktivitäten war zwar überschaubar, aber durchaus nachhaltig. So erreichte das Mobile Beratungsteam in Brandenburg im Jahr 2003 eine Anfrage der Stadt Lübbenau wegen eines Flugblattes. Das Flugblatt der „Reichsbürger“ wurde in einem Lübbenauer Gartenbaubetrieb und Blumenhandel an Kunden verteilt, mit dem Hinweis, dass man sich jeweils montags im Dorf Lug treffe. Unklar war zunächst, wer das Material verteilt, weil die Familie eher zum weltoffenen und liberalen Teil der Stadt Lübbenau gehört. Es stellte sich heraus, dass es sich eher um ein innerfamiliäres Problem handelte, das sich dann relativ schnell auflösen ließ.

¹⁷ Bild: Mobiles Beratungsteam in Brandenburg, 2004.

BEIDE, BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (BRD) UND DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK (DDR), EXISTIERTEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG NUR ALS BESATZUNGSRECHTLICHE BEHELFSMITTEL DER ALLIIERTEN. - - DIE ALLIIERTEN BESEITIGTEN NAZI-GESETZE, SORGTEN ABER DAFÜR, DASS DAS DEUTSCHE REICH VÖLKERRECHTLICH NICHT UNTERGING. BERLIN ERHIELT VON DEN ALLIIERTEN BESONDEREN STATUS, UND WAR NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG NIEMALS BESTANDTEIL DER BRD.

BIS HEUTE EXISTIERT DAS DEUTSCHE REICH ALS KOLONIE DER USA.

DEUTSCHES REICH HAT NICHTS MIT

„DRITTEN REICH“ DER NAZIS ZU TUN!

1985 GABEN DIE SIEGERMÄCHTE DES 2. WELTKRIEGES DEM DEUTSCHEN REICH MIT NEUEN AMTSTRÄGERN DIE VOLLE HANDLUNGSFÄHIGKEIT ZURÜCK.

„ DEUTSCHLAND “ - DAS IST

DAS DEUTSCHE REICH IN DEN GRENZEN VOM 31.12.1937!

1990 WURDE DAS GRUNDGESETZ DER BRD AUFGEHOBEN.

PARIS, 17.7.1990: DIE UDSSR ENTZIEHEN DER DDR SÄMTLICHE STAATSRECHTE. GLEICHZEITIG STREICHEN DIE USA DIE PRÄMBEL UND DEN ARTIKEL 23 DES GRUNDGESETZES DER BRD. DAMIT SIND BEIDE DEUTSCHE STAATEN, DDR UND BRD, GLEICHZEITIG UND SOFORT UNTERGEGANGEN UND NICHT LÄNGER HANDLUNGSFÄHIG. DER (SPÄTERE) EINIGUNGSVERTRAG VON BRD UND DDR IST NICHT GÜLTIG.

SEIT 18.7.1990 IST JEDER DEUTSCHE OHNE AUSNAHME STAATSBÜRGER DES DEUTSCHEN REICHES.

AM 18.7.1990 SIND DAS GESETZ ÜBER DIE POLITISCHEN PARTEIEN DER BRD, DAS DEUTSCHE RICHTERGESETZ UND ALLE WEITEREN GESETZE IN DER BRD - UND DDR - ERLOSCHEN. SEITDEM SIND ALLE POLITISCHEN PARTEIEN IN DEUTSCHLAND NUR NOCH KRIMINELLE VEREINIGUNGEN, DIE DAS DEUTSCHE VOLK MIT WILLKÜR - OHNE RECHTSGRUNDLAGE - KNECHTEN UND AUSBEUTEN.

ES GILT AUSSCHLIESSLICH DIE REICHsverFASSUNG VOM 11.8.1919 UND DIE REICHsABGABENORDNUNG DES JAHRES 1931 IN DER DURCH DIE ALLIIERTEN ZUM 22.5.1949 BEREINIGTEN FASSUNG. FÜR DIE RICHTER GILT DAS REICHsRECHTLICHE GERICHtsVERFASSUNGSGESETZ ZUR WEIMARER VERFASSUNG.

SÄMTLICHE STEUERN UND ABGABEN KÖNNEN - UND DÜRFEN - RECHTSWIRKSAM UND MIT SCHULDBEFREIENDER WIRKUNG AUSSCHLIESSLICH NUR AN DAS DEUTSCHE REICH GEZAHLT WERDEN!

Für Rückfragen, Einzelheiten und weitere Informationen:

<http://www.der-reichskanzler.de>

Tel 030 - 80 29 166

Abbildung 5: Flugblatt der „Kommissarischen Reichsregierung“ von 2003¹⁸

¹⁸ Vgl. unter <http://www.reichsanzeiger.de/>, Stand der Abfrage: 25.9.2003 (aktuell nicht mehr abrufbar).

Nach den (nicht systematisch recherchierten) Erfahrungen mit „Reichsbürgern“ in Südbrandenburg bilden diese ein Netzwerk von einigen geografischen Ausmaßen von Brandenburg (Lübbenau/Spreewald, Finsterwalde, Herzberg [Elster], Bad Liebenwerda, Bronkow) bis nach Sachsen (Bad Muskau, Lauta). Erstaunlich ist bei dieser geringen Personenzahl, dass die Akteure verhältnismäßig lange und verbissen im Milieu bleiben. F.U.K. ist bis heute dabei (immer noch als „Innenminister“) und scheint sein Netzwerk weiter stabil zu halten. Derzeit soll er von Polen aus eine Firma für Haushaltsauflösungen betreiben. Das „Reichsbürger“-Milieu hatte isoliert betrachtet nie ein Gefahrenpotenzial für die Öffentlichkeit. Angestellte staatlicher Institutionen waren eher Opfer dieser Menschen. Betrachtet man aber das Netzwerk, so ergibt sich ein leicht anderes Bild. Die sog. Montagsdemonstrationen 2013/2014 waren sehr stark durch „Reichsbürger“ beeinflusst, ebenso wollen einige Akteure einen punktuellen Zusammenschluss von „Hooligans gegen Salafismus“ (HoGeSa), Montagsdemonstrationen und „Reichsbürgern“ herstellen. Zudem kann man die „Reichsbürger“ in Südbrandenburg zumindest in Teilen als sehr gut vernetzt mit der militanten rechtsextremen Szene bezeichnen.

4. „Grundgemeinde Gosen“ in der Gemeinde Gosen-Neu Zittau

Die schon an anderer Stelle analysierten Gruppierungen der „Reichsbürger“¹⁹ haben recht unterschiedliche Wirkungsregionen. Es gibt derzeit keine landesweit präsente Gruppe, aber dort, wo sie aktiv sind, haben sie deutlich andere Wirkungen als die Einzelakteure. In den größeren Städten spielen diese Gruppen keine erkennbare Rolle in der Zivilgesellschaft. Das sieht in ländlichen Regionen aber schon deutlich anders aus. Durch seine Nähe zu Berlin und Erkner ist die Gemeinde Gosen-Neu Zittau zum Teil ein „uneigentlicher“ Ort des Rechtsextremismus: Berliner Akteure wohnen auf einem der vielen Wochenendgrundstücke, wo Veranstaltungen und Feiern geschehen, die von den lokal Verantwortlichen nicht wahrgenommen werden können oder nicht beeinflussbar sind (z.B. spontan stattfindende Partys am Ortsrand oder auf dem Wasser). Eine strukturierte rechtsextreme Jugendszene gibt es in Gosen nicht. Ein Hammerskin-Aktivist lebt zwar im Ort, ist aber in Berlin aktiv.²⁰ 2003 fand der „3. Kulturtag volkstreuere Verbände in der Mark Brandenburg“ in Gosen statt, war aber so konspirativ geplant, dass kommu-

¹⁹ Vgl. Keil (Fn. 1), S. 54 f., in diesem Band.

²⁰ Vgl. Fight Back. Neonazis in Berlin & Brandenburg – eine Antifa-Recherche, Ausgabe 5/2013, S. 39.

nale Gegenwehr nicht mehr stattfinden konnte.²¹ Im Januar 2011 wurde auf die Kleingartenlaube eines jüdischen Berliners ein antisemitischer Brandanschlag verübt. Die Fassade des Bungalows war mit Davidstern und dem Wort „raus“ beschmiert. Der Fall sorgte für bundesweite Aufmerksamkeit, weil hier eine Familie von Opfern erneut antisemitischen Attacken ausgesetzt wurde.²² Alle diese Fälle haben gemeinsam, dass sie nicht im Bereich der sozialen Kontrolle der Gosener liegen.

Anders ist das in dem „Reichsbürger“-Fall des B.W., der sich in verschiedenen Zirkeln des „Reichsbürger“-Milieus aufhielt, phasenweise auch seine Frau darin involvierte und als „Rechtskonsulent“ über Jahre die lokalen Behörden belästigte. *„In Gosen war kurze Zeit eine Gruppe namens ‚Gemeinschaft deutscher Rechts-Konsulenten‘ aktiv.“*²³ Kommunal war er aber nicht integriert, galt als „irrer“, zugezogener Sonderling. Nachdem B.W. nach Mecklenburg-Vorpommern gezogen ist und dort nunmehr Ayurveda und begleitete Reisen nach Südindien anbietet, könnte man vermuten, dass sich mit diesem „Einzeltäter“ die „Reichsbürger“-Aktivitäten in dem Örtchen erledigt hätten.

Das Gegenteil trat indes ein: Es bildete sich im Jahr 2013 eine Gruppe, die sich öffentlich und mit vollem Namen zu Wort meldete, um sich als „Grundgemeinde Gosen“ und damit als „eigentliche“ Gemeindevertretung zu proklamieren.

²¹ Der „Kulturtag“ wurde von der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ), der „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF) und der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen“ (BKP) zumeist konspirativ veranstaltet, vgl. Fight Back. Neonazis in Berlin & Brandenburg – eine Antifa-Recherche, Ausgabe 5/2013, S. 9.

²² Vgl. Presseerklärung des Beauftragten für die Bekämpfung des Antisemitismus vom 25.1.2011: Jüdische Gemeinde zu Berlin verurteilt Brandanschlag in Gosen bei Erkner, unter <http://www.hagalil.com/archiv/2011/01/25/gosen/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

²³ Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 2649 des Abgeordneten Klaus Ness (SPD) – Drucksache 5/6720 –, Landtag Brandenburg, Drucksache 5/6888, S. 3.

Grundgemeinde Gosen

Berghaus - An der Schillerwarte 14, 15537 Gosen

Protokoll der Gemeindegründung am 5. März 2013

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für sich selbst, für ihre Familien, ihren Heimatort und ihr Land haben die Anwohner vom Berghaus Gosen zusammen mit weiteren Menschen die Grundgemeinde Gosen gegründet.

Alle elf Gründungsmitglieder haben sich zuvor durch Beitritt zur „Freie Wähler Initiative NEU -Beginn Deutschland“ gemäß Natur- und Völkerrecht für diesen Gründungsakt bevollmächtigt.

Der Beitritt weiterer Gemeindemitglieder ist das Anliegen der Gründungsmitglieder, um die Ziele und Wünsche der Grundgemeinde Gosen mit den Bewohnern und ortsansässigen Menschen in Gosen zu erarbeiten.

Bis zur Bildung und Wahl eines Gemeinderates sowie eines/einer Bürgermeisters/Bürgermeisterin wird die Gemeinde nach Außen vertreten durch die beauftragten Gemeindeglieder

Julia Ulrich
und
Thorsten Margies

beide wohnhaft an der Adresse der Grundgemeinde Gosen.

Der Gründungsakt wurde in der Gründungsurkunde protokolliert und ist von allen Gründungsmitgliedern eigenhändig unterzeichnet worden.

Für das Protokoll zeichnet Christoph Hennig



Abbildung 6: Flugblatt zur Gründung der „Grundgemeinde Gosen“ von 2013²⁴

²⁴ Bild: Fotokopie des Flugblatts.

Sie bekannten sich als „Freie Wähler Initiative NEU-Beginn“ und sind organisatorisch den „Selbstverwaltern“ von „freiWIND“ zuzuordnen.²⁵ Die Akteure der „Reichsbürger“ als „Selbstverwalter“, hier in Form der Begründer der „Grundgemeinde Gosen“, hatten für ihre Zwecke und ihren Verein von privater Hand eine Immobilie gemietet. Ein aufmerksamer Gemeindevertreter und Herausgeber der Gemeindezeitung „Kappstrom“ setzte sich mit dem Eigentümer in Verbindung, um diesen über die Aktivitäten und politischen Zielsetzungen zu informieren. Er veröffentlichte zudem in der Gemeindezeitung einen weiteren Artikel über Ziel und Zweck des „Reichsbürger“-Milieus. Er folgte auch dem Rat des Mobilen Beratungsteams in Brandenburg, die Gemeindevertretung bezüglich der Aktivitäten der Mitglieder der „Grundgemeinde Gosen“ zu informieren. Thema war dort die alternative Bürgermeisterwahl der Gründungsmitglieder der „Grundgemeinde Gosen“. Nach Absprache mit dem Gemeinderatsmitglied bereitete das Mobile Beratungsteam eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema „Reichsbürger“ vor. Mittlerweile gab es mit dem Eigentümer des Vereinssitzes Gespräche. Dieser sah für sich keinen Handlungsbedarf, da die „Grundgemeinde Gosen“ aus seiner Sicht nicht zum rechtsextremen Spektrum gehört. Nach verschiedenen Interventionen ist die stellvertretende Vorsitzende des ortsansässigen Kulturvereins von ihrem Amt zurückgetreten. Sie war Mitglied der „Grundgemeinde Gosen“. Die neuen, als „Reichsbürger“ firmierenden Personen sind dabei nicht nur Zugereiste, sondern zum Teil alteingesessene Gosener Bürger. Die Kommune von Gosen reagierte sowohl aufseiten der Verwaltung wie auch aufseiten der Politik Vorbildlich auf die Aktivitäten der „Reichsbürger“. In einem dreiseitigen Text wendet sich der Gemeindevertreter André Organiska an die Bevölkerung, um über die Gefahren der „Reichsbürger“ aufzuklären.²⁶ Interessant ist der Fall Gosen, weil er aufzeigt, dass die „Reichsbürger“-Idee durch die „irren“ Vertreter nicht etwa diskreditiert wird, sondern sich unerschrocken verbreitet. Erst, nachdem der Exzentriker das Gebiet verlassen hatte, formierte sich die bürgerliche Gruppe, um nicht stigmatisiert zu werden.

²⁵ Vgl. unter <http://freiwind.org>, Stand der Abfrage: 29.7.2014 (aktuell nicht mehr abrufbar): *„eine Bewegung, die mit einfachen Mitteln den ‚Staatsapparat‘ wieder vom Kopf auf die Füße stellen will.“*

²⁶ Vgl. Organiska, André (2012): Rechtsextremisten, „Reichsbürger“ und „Reichsregierungen“. Wie Extremisten in unserer Region versuchen, aus der Erde eine Scheibe zu machen, in: Kappstrom. Nachrichten aus Gosen, Neu-Zittau, Burig, Steinfurt, 3. Jahrgang, Ausgabe 5/2012.

5. Das „Deutsche Polizei Hilfswerk“ in Erkner und den Gemeinden Schöneiche bei Berlin und Gosen-Neu Zittau

Im Sommer 2013 ergab sich dann eine etwas brisante Situation, weil in Erkner, Schöneiche bei Berlin und Gosen rege Werbeaktivitäten des „Deutsche Polizei Hilfswerk“ (DPHW) zu verzeichnen waren. Das im April 2012 in Sachsen gegründete DPHW stilisiert sich als eine Art Bürgerwehr, die in Ersatzfunktion zur regulären Polizei tritt.²⁷ Von Sachsen aus expandierte diese Gruppe, die eindeutig „Reichsbürger“-Ideen vertritt, nach Brandenburg. Im Raum Erkner entfaltete sie 2013 deutlich wahrnehmbare Aktivitäten. Das DPHW ist u.a. in Schöneiche bei einer Veranstaltung der GRÜNEN aufgetreten, bei einer Veranstaltung in Erkner und in Grünheide (Mark). Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelte gegen die sächsischen Mitglieder seit Februar 2013 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 des Strafgesetzbuches (StGB).²⁸ In Brandenburg kam es dann zu einer Durchsuchung in Schöneiche (im unmittelbaren Einzugsbereich Gosens), bei der funktionstüchtige Gewehre gefunden wurden.²⁹ Die Brisanz dieser Gruppe für Gosen bestand in dem eher zufälligen Überschneiden von Aktivitäten: Die „Selbstverwalter“ waren auf eine bewaffnete Gruppe gestoßen, die dieselben Ziele verfolgte. Durch die Strafverfolgung sind diese Gruppen allerdings nicht gemeinsam handlungsfähig geworden. Eine ähnliche Konstellation in einem zentrumsfernen Gebiet hätte möglicherweise zu dramatischen Entwicklungen führen können. In der Kombination „Selbstverwalter“ (d.h. der Staat wird ignoriert und durch Bürger, die ihr Gesicht öffentlich zeigen, ersetzt) und DPHW (als mögliche Exekutive dieser „Selbstverwalter“) wäre eine tendenziell gewalttätige Mischung entstanden. Selbststaatlichkeit korrespondiert mit Selbstjustiz.

²⁷ Vgl. Meiborg, Mounia (2013): Eins, zwei, falsche Polizei. Wie eine krude „Bürgerwehr“ in Sachsen und Brandenburg Staatsmacht spielt, in: Die Zeit vom 5.9.2013, Ausgabe 37/2013, unter <http://www.zeit.de/2013/37/polizeihilfswerk-sachsen-brandenburg>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

²⁸ Vgl. Caspar/Neubauer (Fn. 5), S. 124, in diesem Band.

²⁹ Vgl. Berliner Morgenpost vom 4.6.2014: Razzia: Dutzende Polizisten beschlagnahmen Waffen bei „Reichsbürger“.



Abbildung 7: Uniform des „Deutsche Polizei Hilfswerk“³⁰



Abbildung 8: Von der Polizei sichergestellte Utensilien von „Reichsbürgern“, die im Jahr 2012 im thüringischen Sonneberg mehrfach Behörden bedrängten, hier u.a. Dienstausweis des „Deutsche Polizei Hilfswerk“³¹

6. „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg

Einen überregionalen Organisationsgrad zeigten die Aktivitäten um das „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg.³² Hier wurde eine kleine Gemeinde regelrecht Objekt von „Reichsbürgern“. Die Gemeinde Plattenburg im

³⁰ Bild: <http://de-de.facebook.com/DPHW.de>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

³¹ Bild: © Stefan Thomas, camera900.de, 2012.

³² Der Fall ist sehr ausführlich dokumentiert, weshalb hier eine breite Abhandlung des Falles nicht erfolgt, vgl. im Einzelnen Schlamann, Gabriele (2010): Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009, in: Wilking/Kohlstruck (Fn. 7), S. 125 ff.; Feist, Mario (2010): Das „Fürstentum Germania“ – „Nicht rechts, nicht links, sondern vorne?“, in: Wilking/Kohlstruck (Fn. 7), S. 109 ff.

Landkreis Prignitz grenzt an die Kreisstadt Perleberg. Die Gemeinde hat knapp 4.000 Einwohner in 22 Ortsteilen und stellt damit fast prototypisch den ländlichen Raum des Landes Brandenburg dar. Zu Beginn des Jahres 2009 wurde im Schloss im Ortsteil Krampfer der Gemeinde Plattenburg das „Fürstentum Germania“ gegründet. Im Sommer und Herbst 2008 wurde das heruntergekommene Schloss als mögliches Objekt eines bundesweit agierenden Kreises von spirituell durchwobenen „Reichsbürgern“ in Erwägung gezogen. Das Gutshaus war zum Teil einsturzgefährdet und verfügte weder über fließendes Wasser noch über einen Anschluss an die Kanalisation. Die Präambel des „Fürstentums“ war eine radikale, letztlich substanzlose Friedensidee. Zunächst war das „Fürstentum Germania“ also nicht als eindeutig rechtsextrem zu fassen. Das machte die Wahrnehmung vor Ort recht schwierig. Es war erst ein Sammelbecken von Demokratieverdrossenen und unterschiedlichen Strömungen aus Esoterik, Verschwörungsfantasie und „Reichsbürgern“, aber auch aus ökologischen Szenen.



Abbildung 9: Schloss im Ortsteil Krampfer der Gemeinde Plattenburg im Jahr 2014³³

³³ Bild: Mobiles Beratungsteam in Brandenburg, 2014.

Spezifisch an dem Versuch in der Gemeinde Plattenburg war, dass das Schloss von außen erobert wurde, d.h., die lokale Bevölkerung blieb bei dem Prozess zunächst außen vor und leistete bei den ersten ideologischen Expansionsbemühungen erheblichen Widerstand. Das lag zum einen an einer Vorerfahrung der Bewohner: *„Zu Beginn des Jahres 2007 wurde die Gemeinde Plattenburg mit dem Gerücht konfrontiert, der bekannte, mittlerweile verstorbene rechts-extreme Anwalt Jürgen Rieger wolle in dem Dorf Kleinow ein Grundstück kaufen.“*³⁴ Schon wegen dieses Gerüchtes wurden zahlreiche Gegenaktivitäten in den Dörfern gestartet, von denen die neuen Schlossherren nichts wissen konnten. Das Schloss spielt wie für viele Dörfer eine wichtige Rolle in der Dorfidentität. Die Familie von Möllendorf bestimmte als Gutsbesitzer über Jahrhunderte das Schicksal des Dorfes. Wie woanders auch ist das Gutshaus (in Brandenburg zumeist etwas größenwahnsinnig als „Schloss“ bezeichnet) in ruinösem Zustand und praktisch unverkäuflich. Noch heute zeigt der Friedhof die gutsherrlichen Verhältnisse. *„Eine Hälfte für die Dorfbewohner, die andere Hälfte für die Familie von Möllendorf mit einem eigenen Eingangstor.“*³⁵ Das Schloss ist traditionell intensiver Bestandteil der Identität, aber gleichzeitig auch eine fremde Sphäre. Dieser Effekt spielte auch eine Rolle in der Wahrnehmung der Schlossbewohner als Bedrohung der Demokratie. War die Ablehnung gegen Rieger noch deutlich, spielte der neue Besitzer mit seinem Titel: „Fürst Michael Freiherr von Pallandt“ – das schien zum „Schloss“ zu passen. Die zunächst als „Spinner“ abgetanen neuen Bewohner des Dorfes wären wohl bloße Außenseiter geblieben, wenn sie nicht ein eigenstaatliches „Fürstentum Germania“ ausgerufen hätten. Damit wurde der Aspekt der „Okkupation“ des Dorfes sehr deutlich und entsprechend war auch die Ablehnung. Sowohl die Kommune als auch die lokale Bevölkerung hat sich sehr eindeutig positioniert und sehr offen kommuniziert. Anders als in Gosen konnte die Gruppe der „Reichsbürger“ keine Wirkung in ihrem Sinne im Dorf erzielen. Ursache dafür ist wahrscheinlich das Kommunikationsverhalten der „Reichsbürger“: Es gab kaum eine direkte Ansprache von Gesicht zu Gesicht – eine Basis dörflicher Kommunikation –, und die Bewohner konnten den überdeutlichen Widerspruch zwischen Plan (das Fürstentum hat praktisch nur virtuell bestanden und war damit aber für die Dorfbewohner einsehbar³⁶) und Wirklichkeit (man konnte täglich sehen, dass sich kaum etwas an dem Schloss veränderte) erkennen. Zwar haben sich die Bewohner des Schlosses aktiv

³⁴ Schlamann (Fn. 32), S. 126.

³⁵ Vgl. unter <http://www.brandenburg-abc.de/verzeichnis/objekt.php?mandat=18602>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

³⁶ Vgl. Feist (Fn. 32), S. 122 ff.

bemüht, einen Kontakt zur Dorfbevölkerung herzustellen, aber diese waren nicht dorfkompatibel: Spendensammlungen und Anfragen nach technischer Unterstützung waren nicht auf Gegenseitigkeit fundiert, sondern forderten ohne Gegenleistung. Die Idee der „Reichsbürger“ hat keine Anschlussfähigkeit im Dorf erreichen können. Nach einigen Monaten wurde das Schloss durch die Verwaltung versiegelt (wegen Verstoßes gegen baubehördliche Auflagen) und das Fürstentum war gescheitert. Übrig geblieben ist nur wenig von der Episode: einige Meter Akten in der Verwaltung und im regionalen Umfeld Betriebe, die „Engelgeld“ annehmen. In Krampfer waren vor allem die Vorteile der Beratung im ländlichen Raum sichtbar. Die Verwaltung hat sehr gut reagiert und eine hohe Kommunikationsfähigkeit gezeigt. Die Bevölkerung wurde sehr deutlich mit eingebunden, und auftretende Konflikte wurden über externe Unterstützung entschärft oder beseitigt.

IV. Resonanz der Themen der „Reichsbürger“ im ländlichen Raum

Die Frage, welche Themen der „Reichsbürger“ kompatibel für Bürger des ländlichen Raumes sind, lässt sich nicht pauschal beantworten. Da ist zunächst ein wesentlicher Grundzug des „Reichsbürger“-Milieus, der auf große Resonanz stößt: Bürger befassen sich mit den rechtlichen Grundlagen des Staates. Dass dies dilettantisch, selektiv und in der Regel falsch ist, ist fachlich eindeutig. Der Impuls in den Teilen der Bevölkerung, die gerne mit den Argumenten der „Reichsbürger“ spielen, generiert sich aber weniger aus Gründen der Vernunft, sondern eher aus einer Art Fundamentalismus. Justiz wird in Teilen der ländlichen Bevölkerung als ein staatliches System begriffen, mit dem sie sich nicht selbst beschäftigen dürfen. Ihre Erfahrung zeigt, dass zwischen sich selbst und der Gerechtigkeit keine unmittelbare Verbindung besteht, sondern dass sie in der Regel immer eines „Vermittlers“ bedürfen, der sich ihnen gegenüber nicht verantworten muss. Hier greifen Muster, wie sie in den USA auch bei fundamentalistischen Christen zu finden sind:³⁷ Die Vermittlung wird grundsätzlich abgelehnt. Umso mehr, wenn die Betroffenen durch Justiz und Verwaltung Entwertungserfahrungen gemacht haben. Ein Führerscheinenzug im ländlichen Raum etwa wirkt sich naturgemäß um ein Vielfaches härter aus als im (groß)städtischen Raum. Ähnlich ver-

³⁷ Vgl. Stahl, Trystan/Homburg, Heiko (2017): „Souveräne Bürger“ in den USA und deutsche „Reichsbürger“ – ein Vergleich hinsichtlich Ideologie und Gefahrenpotenzial, S. 263 (263 ff.), in diesem Band.

hält es sich mit zahllosen anderen Entscheidungen von Verwaltungen und Justiz. Sie greifen massiv in das soziale Gefüge und das Selbstbewusstsein der Betroffenen ein. Um Selbstwertgefühl und Status zu sichern, bietet sich das Konstrukt der „Reichsbürger“ dann durchaus an: Den Entscheidungsträgern wird die Legitimität kurzerhand abgesprochen, der Betroffene wird zum Opfer und zum Widerstandskämpfer stilisiert und (unter Inkaufnahme des „Exotenstatus“) in das lokale Gemeinwesen etabliert. Anders als in Städten, wo solche Menschen schnell isoliert und als Spinner verrufen sind, wird im ländlichen Raum – wo man nicht ohne Weiteres ein Individuum aus der Wir-Gruppe ausschließen kann – der Respekt der Gruppe durchaus erreicht. Dieser Respekt generiert sich häufig über das „Kämpfen“ (jemand wehrt sich gegen staatliche Entscheidungen bis zum bitteren Ende) und über die durchaus attraktive Grundidee der „Selbstverwaltung“. Die Ideen der „Reichsbürger“ stoßen in bestimmten Milieus (vor allem bei Menschen, die sich in irgendeiner Form als Verlierer empfinden) auf Resonanz, weil sie anbieten, sich mit den Grundlagen des Staates auseinanderzusetzen und dadurch Erklärungsmodelle für ihre verletzte Identität zu finden. Wenn der Staat uneigentlich ist, dann fällt ihr eigenes Defizit kaum ins Gewicht.

„Reichsbürger“ treten am wirksamsten im ländlichen Raum auf, weil es dort wenig politisches Gegengewicht gibt und einige ihrer Themen auf Resonanz treffen. Dort können sie auf die dörfliche Solidarität gegenüber Angriffen von außen hoffen, und die informelle Kommunikation funktioniert dort gut. Häufig treten sie auch noch mit weiteren, oft spirituell durchsetzten Aktivitäten auf. So etwa im Tandem mit „germanischer Heilkunde“ oder dem „Engelgeld“. Hier gibt es deutliche Schnittstellen zu ländlich-alternativen Szenen. Es wird weniger offen rechtsextreme Ideologie transportiert, sondern eher durch den utopischen Charakter eines von unten selbst organisierten Parallelstaates eine indirekte Akzeptanz für rechtsextreme Strukturen geschaffen. Zum Teil treten „Reichsbürger“ als Kneipengesellschaft auf, die sich mit „Reichsführerscheinen“ auf experimentelle Touren begibt, um zu testen, ob sie mit diesen „durchkommen“. Der Spaß an Anarchie als Kneipenspiel und der Verkauf von „Reichsführerscheinen“ und anderen „Dokumenten“ hat aber durchaus Bezüge, die sich auf die Region niederschlagen. Der dahintersteckende Gedanke ist „Die Polizei zockt uns ab“ und eine verbreitete Verwaltungsverdrossenheit. Ein beliebtes Thema sind auch Abwasseranschlüsse. In beiden Fällen bilden sich aus vereinzelt „Reichsbürgern“ und einigen Sympathisanten lokale Wirkungsgruppen, die im langjährigen Effekt ein antidemokratisches Milieu ausbilden.

Die Selbststilisierung als „Reichsbürger“ beginnt schon im engeren Familienkreis. Oft sind die engsten Verwandten der letzte Halt, der die „Reichsbür-

ger“ mit den Lebenswirklichkeiten verbindet. In unmittelbarem Sinne ist aber auch das Umfeld von „Reichsbürgern“ betroffen. Familienmitglieder werden meistens zu einer Entscheidung für oder gegen die betreffende Person genötigt. Affektiv versuchen die Familienmitglieder so lange als möglich, die Bindungen aufrechtzuerhalten. Bleiben sie solidarisch, haben die Angehörigen häufig auch alle rechtlichen Konsequenzen mit zu tragen. Familien werden dadurch häufig zerstört (als Folge von Verschuldung, Pfändungen, Zwangsvollstreckungen und Haft) und der Freitod eines „Reichsbürgers“ ist nicht allzu selten. Neben den Schuld- und Versagensgefühlen werden dann auch die Langzeitfolgen sichtbar: Das Erbe belastet die Familien oft noch viele Jahre.

V. Fazit und Ausblick

Auch wenn es in Brandenburg zum Stichtag 31.12.2016³⁸ nur 224 polizeilich bekannte Fälle im „Reichsbürger“-Spektrum gab, bereiten sie jede Menge Ärger im öffentlichen Sektor. Die Variationsbreite reicht von Nötigung, körperlichen Angriffen bis zur bürokratischen Belästigung. Die Erfahrungen des Mobilien Beratungsteams in Brandenburg zeigen, dass vor allem die Druck-szenarien, die in Verwaltungen ausgelöst werden, selten öffentlich wahrnehmbar werden und damit auch Gegenanstrengungen der Öffentlichkeit unterbleiben. Verwaltungen, die am häufigsten von Aktivitäten der „Reichsbürger“ betroffen sind, haben in der Öffentlichkeit überwiegend ein schlechtes Image (u.a. Straßenverkehrsbehörden, Bauämter, Finanzämter) und verhalten sich deshalb ungern öffentlich. Das sollte sich aber ändern. Eine verwaltungsinterne Behandlung mag zwar im Einzelfall erfolgreich sein, aber sie berücksichtigt nicht die möglichen Auswirkungen auf das Gefüge der Region. Es gibt Milieus, wo staatliche Maßnahmen pauschal als Zwangsmaßnahmen angesehen werden, aber – und das ist entscheidend – diese Auffassung kann nur dann maßgeblich eingedämmt werden, wenn Verwaltungsmitarbeiter als Mitbürger kenntlich werden, die denselben Anspruch auf körperliche und psychische Unversehrtheit haben wie jeder andere auch. Die Bedrohungen durch „Reichsbürger“ verletzen Verwaltungsmitarbeiter und damit auch die Basis des Zusammenlebens in den Kommunen. Eine direkte Kommunikation von Vorfällen im Nahbereich u.a. durch Politiker, engagierte Bürger und Presse wäre deshalb wünschenswert.

³⁸ Vgl. im Einzelnen Keil (Fn. 1), S. 60 ff., in diesem Band. Zum Stichtag 25.12.2017 konnten bereits 440 polizeilich bekannte „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ im Land Brandenburg gezählt werden, vgl. Hüllen/Homburg (Fn. 2), S. 31, in diesem Band.